

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Michael Henkes

10.10.2021

GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Reform und Revolution

Vor 130 Jahren beschloss die deutsche Sozialdemokratie das »Erfurter Programm«



Universitätsbibliothek Heidelberg

»Gewöhnlich geht's am Ende scharf.« Mephistopheles zum (Kaiser) Bebel (Aus: Kladderadatsch, 18.10.1891)

Die Aufgabe der Sozialdemokratie

Komplett anzeigen

Vor 130 Jahren, vom 14. Oktober bis zum 20. Oktober 1891, kam in Erfurt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu ihrem Parteitag zusammen. Das dort beschlossene »Erfurter Programm« war 30 Jahre lang das parteioffizielle Programm der SPD und prägte auf Jahrzehnte die politisch-theoretische Debatte der (nicht nur deutschen) Sozialdemokratie. Es ist ein Programm, das nicht frei von Widersprüchen ist und bereits Keime der Abkehr vom revolutionären Weg enthält. Gleichwohl wäre es unmateriellistisch, den Weg der deutschen Sozialdemokratie aus ihrer Programmatik

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

abzuleiten. Vielmehr ist das Programm ein Abbild der sozialen und theoretischen Lage der SPD nach den Sozialistengesetzen. Als solches ist es das wohl fortschrittlichste Parteiprogramm, das die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht hat, steht es doch weithin auf revolutionärem Boden und ist dementsprechend zu würdigen.

Aufstieg

Ungefähr ein Jahr vor dem Erfurter Parteitag, im September 1890, wurde die SPD, damals noch Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), wieder legal. Zwölf Jahre lang zwangen die Sozialistengesetze die Partei zur Arbeit im Untergrund. Trotz dieser Repression erlebte die Sozialdemokratie in diesen Jahren einen beispiellosen Aufschwung. Die zu jener Zeit enorm gesteigerte Industrialisierung Deutschlands schuf eine zahlenmäßig und zunehmend selbstbewusstere Arbeiterklasse, die sich konfrontiert sah mit erbärmlichen Lebensbedingungen und einem Überbau, der durchzogen war von Überbleibseln einer anachronistischen Feudalordnung. Das war der Hintergrund, vor dem sich die SAP zu einer Massenpartei entwickelte, die 1889 den ersten wirklichen Massenstreik mit mehr als 150.000 Bergarbeitern mittrug und 1890 1.427.000 Wähler timmen auf sich vereinigte und damit zur wählerstärksten Partei wurde. Mit August Bebel, Paul Singer und Wilhelm Liebknecht hatte sie drei »Volkstribune«, die über die Arbeiterklasse hinaus geschätzt waren, mit der *Neuen Zeit* ein schwergewichtiges Theorieorgan. Diverse Tageszeitungen stärkten ihren Einfluss. Kurzum, sie war, wie Wolfgang Abendroth schrieb, eine Partei mit »relativ klarer Vorstellung über ihre geschichtliche Funktion (und damit Strategie und Taktik)«.

Auf ihrem ersten legalen Parteitag im Oktober 1890 in Halle beschloss die SAP, die Revision des Parteiprogramms vorzunehmen sowie den Namen in Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu ändern. Der Parteivorstand erarbeitete im Anschluss einen ersten Programmentwurf, an dem Friedrich Engels scharfe Kritik übte und dennoch urteilte, dass sich bereits dieser Entwurf »sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm« unterscheide und »nach seiner theoretischen Seite im Ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft« stehe.

Letztendlich wurde dem Parteitag ein Dokument vorlegt, das aus zwei Teilen bestand. Der erste Teil, in Form einer ausführlichen theoretischen Einleitung, war im Grunde genommen ein Entwurf von Karl Kautsky: eine kurze Darstellung der wichtigsten Grundsätze der marxistischen Kapitalismusanalyse mit starken Parallelen zum Kapitel

»Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation« am Ende des ersten Bands von Karl Marx' »Kapital«.

Der zweite Teil bestand aus unmittelbaren Übergangslosungen. Hier hatte die Partei den Spagat zu leisten, einerseits tatsächliche Übergangsforderungen zu finden, statt nur reformistisches Kleinklein, andererseits aber die eben erst gewonnene Legalität nicht zu verlieren (die tatsächlich zu verteidigen war, denn an einen revolutionären Sturz der Monarchie war kräftemäßig nicht zu denken). Deutlich wird dies an der Forderung nach der demokratischen Republik: Jedem Sozialdemokraten war bewusst, dass dies die nächste zu erkämpfende Etappe darstellte. Es aber genau so in das Programm zu schreiben, hätte die Illegalisierung zur Folge gehabt. Die SPD umging dies, indem sie das allgemeine Wahlrecht, auch für Frauen, bei gleichzeitiger Stärkung der Rechte des Parlaments und die Einsetzung eines parlamentarischen Regierungssystems forderte – jeder wusste, dass das unvereinbar mit der deutschen Monarchie war.

Beide Teile standen dabei nicht schlichtweg »nebeneinander« oder gar in einem unlösbaren Widerspruch zueinander, wie die Revisionisten später gerne behaupteten. Sie bildeten eine dialektische Einheit, wenn man so will, aus Reform (Übergangslosungen) und Revolution (theoretische Einleitung). Erstere war die bewusstseinsbildende und notwendige materielle Voraussetzung (u. a. demokratische Rechte) für die sozialistische Revolution.

Abstieg

Nichtsdestotrotz wäre es falsch, dieses Programm als »lupenrein revolutionäres marxistisches Programm« zu bezeichnen. Denn darin werden jene Nahtstellen deutlich, an denen dann der zunächst schleichende Abschied der SPD vom Marxismus erfolgte. Wie Leo Schwarz zum 125. Jahrestag des Erfurter Programms [in dieser Zeitung schrieb](#), ist das von Sozialdemokraten nach 1945 und »Neomarxisten« gleichermaßen herangezogene Verdikt, der »Marxismus der II. Internationalen« habe nichts mit Marx zu tun gehabt, blanker Unsinn (er schreibt zu Recht, dass die Revisionisten sich eben gegen das und nicht mit dem Erfurter Programm durchzusetzen hatten). Nichtsdestotrotz, so betont Schwarz, ist es falsch, das Erfurter Programm unkritisch zu betrachten. Im Programm selbst, vor allem aber in dem ein Jahr später erschienenen Kommentar Kautskys, »Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert«, wird bereits dessen Vorstellung von

der »Naturnotwendigkeit« der Revolution deutlich: Die Revolution komme nicht als mögliches (oder eben auch nicht mögliches!) Produkt von politischen Entscheidungen und Handlungen auf Basis einer historisch-materiellen Tendenz des Kapitalismus, sondern als naturgesetzmäßiges Schicksal des Kapitalismus.

Kautsky schrieb im Dezember 1893 in der *Neuen Zeit*: »Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber Revolutionen machende Partei. Wir wissen, dass unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, dass es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen.« Daraus lässt sich offensichtlich eine sich der »geschichtlichen Notwendigkeit« gegenüber abwartende, passiv verhaltende, also antirevolutionäre Politik ableiten. Eben jene Politik, die in der Schaffung einer »Arbeitermehrheit« im Parlament die hinreichende Voraussetzung sah, auf die kommende Revolution zu warten. Von dort zum Reformismus ist es dann nicht weit.

Junge Welt 09.10.2021